genügend zu wachen haben, gesammelt enthält; wir gedenken demnächst noch mehrfach auf dieses für alle Parteigenossen begrüßenswerte Buch zurückzukommen. Glücklicherweise sind die Stimmen, die ähnlich wie Adolf Braun vor Uebereilung warnen, schwach vertreten. Auch wir meinen, daß mit der Revision nicht mehr gewartet werden kann; mögen die Grundlagen der kommenden Zeit noch so undurchsichtig sein, mag es noch unbestimmt sein, was wir können, das hindert uns jedenfalls nicht, zu sagen, was wir für die nächste Zukunft wollen und fordern müssen!

In Kassel wird das neue Programm selbstverständlich noch nicht das Licht der Welt erblicken. Die Etappen der Arbeit sind vorauszusehen. Es wird eine Programmkommission gewählt werden, die alle zur Programmfrage eingelaufenen Anträge, Anregungen, Vorschläge zu sichten und nach einigen Monaten vielleicht dem Parteiausschuß Bericht zu erstatten hat. Die Diskussion wird sich über ein Jahr erstrecken und erst der nächstjährige Parteitag dürfte zur Annahme eines neuen Programms gelangen.

Anders und rascher kann die Arbeit kaum erfolgen. Die Zeit aber steht bis dahin nicht still. Was wir längst brauchen, sind neue, klare Richtlinien auf den Gebieten des Rechts, der Arbeit und der Kultur, Richtlinien, die allen den Kreisen, die wir gewinnen wollen, unsre Stellung zu den Problemen der Gegenwart scharf und deutlich unter die Augen rücken und unsern Genossen im Reiche die Möglichkeit geben, einheitlich nach gemeinsamen Prinzipien im öffentlichen politischen Leben tätig zu sein. Wir müssen darum fordern, daß der Parteitag rasch ein Aktionsprogramm schafft, das auf die nächste Zukunft zugeschnitten ist. Das Aktionsprogramm hätte sich vor allen Dingen mit den Wirtschaftsfragen zu beschäftigen, damit der Zustand aufhört, daß die stärkste Partei Deutschlands ohne feste Richtlinien im Kampfe um den wirtschaftlichen Neuaufbau steht.

Der Parteitag muß sich vor allem klar entscheiden, ob die Stellungnahme des letzten Parteitags für die Planwirtschaft noch gilt oder nicht. Erneuert der Parteitag den Beschluß, dann muß der Kampf für die Planwirtschaft energisch einsetzen und bestimmter geführt werden, als es bis jetzt geschehen ist. Denn es kommt, wie gesagt, nicht allein auf das an, was wir können, sondern auf das, was wir wollen! Und dieses Wollen muß der Oeffentlichkeit jederzeit klar vor Augen stehen!

Die Unsicherheit in Oberschlesien

Breslau, 10. September. Die Unsicherheit in Oberschlesien nimmt immer unerträglichere Formen an. Im Kreise Rybnik werden selbst deutsche Schulkinder auf den Straßen mit Steinwürfen und Schlägen verfolgt. Die deutsche Bevölkerung sucht, soweit möglich, die Gegend zu verlassen. Im Kreise Pleß wurde am Mittwoch abend ein Pfarrer von bewaffneten Banden im Pfarrhause mißhandelt. Alle Wertgegenstände wurden geraubt. In Laurahütte setzten die Polen einen Beamten der blauen Polizei gefangen, der einen Polenführer wegen Urkundenfälschung verhaftet und nach Kattowitz gebracht hatte. Sie erzwangen von der Polizeidirektion in Kattowitz die Freilassung des polnischen Verbrechers. Im Landkreise Oppeln greift das polnische Bandenwesen derart um sich, daß die deutsche Bevölkerung in ständiger Angst um Leben und Besitz ist und die größeren Orte freiwillige Sicherheitstrupps gebildet haben, die nachts die Dörfer abpatrouillieren. Auf einen Schutz durch die interalliierte Kommission rechnet niemand mehr.

•

Die Entschädigung für Breslau

Berlin, 11. September. Der französische Botschafter in Berlin hat, wie Havas meldet, einen Scheck von 100 000 Frank als Entschädigung für die Breslauer Zwischenfälle erhalten.

•

Erneute Vorstellungen

Berlin, 10. September. Die Reichsregierung hat bei der Friedenskonferenz in Paris, beim Heiligen Stuhl sowie bei den Kabinetten in London, Paris und Rom unter eingehender Darstellung der gefährdeten Lage in Oberschlesien erneut ernste Vorschläge erhoben, um durchgreifende Maßnahmen zur Wiederherstellung vertrags- und gesetzmäßiger Zustände in Oberschlesien zu erwirken.

Einigung in Warschau

Die Meldungen über die bereits erfolgte Abreise der polnischen Delegation nach Riga sind verfrüht. Immerhin ist ein Fortschritt in der Friedensfrage insofern erzielt, als man sich in Warschau über die Bedingungen geeinigt hat, die gestellt werden sollen. Die litauische Angelegenheit soll nicht, wie Kowar vorschlug, gleichfalls in Riga gemeinsam mit dem polnisch-russischen Frieden, sondern davon getrennt behandelt werden.

Daß nun aber die Verhandlungen auch, wie angekündigt worden war, am 14. September beginnen, ist zum mindesten unwahrscheinlich.

Warschau, 10. September. Die litauische Regierung hat der polnischen Regierung zur Erledigung des Streites eine Konferenz in Kalwarja vorgeschlagen.

•

Die Donaufrage

Amsterdam, 10. September. Telegraaf meldet aus London: Kamenew hat der englischen Regierung mitgeteilt, daß er von Tschitscherin eine Note erhalten habe, worin gefordert wird, daß Rußland an der Donaukonferenz teilnehme. In der Note wird erklärt, daß die Donaufrage für Sowjetrußland und die Ukraine eine Lebensfrage bilde.

Moskau, 11. September. Die Lösung der bessarabischen Frage durch die Entente und Rumänien stößt auf Widerstand bei der Sowjetregierung, die offiziell erklärt, die Entscheidung nicht anerkennen zu wollen.

•

Unruhen in Sowjet-Rußland

Moskau, 11. September. Der gegen die polnische Regierung gerichtete ukrainische Aufstand in Galizien wird, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, von Engländern unterstützt. Es soll die Absicht bestehen, einen autonomen galizischen Staat zu errichten.

Paris, 10. September. Havas meldet über den Aufstand in der Ukraine, daß die Aufständischen Jekaterinoslaw und Nikolajew genommen haben. Alle Verbindungen der Bolschewisten mit Odessa sollen abgeschnitten sein. Petljura habe eingewilligt, unter gewissen Bedingungen mit General Wrangel zusammen gegen die Bolschewisten vorzugehen.

Helsingfors, 8. September. Die Petersburger Iswestija meldet, daß der Bauernaufstand im Gebiet von Tomsk unterdrückt worden sei. Der Aufstand hatte am 10. Juli in Tomsk begonnen. Offiziere hätten die Bauern bewaffnet, die Bevölkerung mobilisiert und die Gegend am linken Ufer des Ob eingenommen. Gegenwärtig sei die Sowjetgewalt wieder hergestellt.

Aus Wladiwostok melden englische Blätter, daß eine Anzahl antibolschewistischer Erhebungen in der Gegend von Irkutsk stattgefunden haben, weil die Bolschewiken Getreide von den Bauern requirierten. Die Erhebungen tragen jedoch einen unorganisierten Charakter und sind bisher unterdrückt worden.

Die Moskauer Bedingungen für Frankreich

Genf, 11. September. Die Humanité veröffentlicht die Bedingungen, unter denen die Moskauer Internationale den Beitritt der Franzosen annehmen würde. Es handelt sich nicht um das eigentliche Programm der Moskauer Internationale, sondern um besondere, neuformulierte Punkte, zu denen sich die französische Partei verpflichten soll. Diese Bedingungen sind keineswegs feigenherzig, sondern lassen von Fall zu Fall der französischen Partei einen ziemlich weiten Spielraum für die Anpassung ihrer Taktik an das Moskauer Programm. Nur die Bedingung über die Unterordnung der Gewerkschaften ist schwer zu erfüllen.

Paris, 10. September. Der Kongreß der französischen Eisenbahnarbeiter hat seine Tagung beendet, nachdem er mit 294 gegen 180 Stimmen für die Entschließung der Mehrheitsrichtung gegen den Anschluß an die 3. Internationale sich entschieden hatte.

•

Die Schweizer für Moskau?

Zürich, 11. September. Im Gegensatz zur Berner Tagwacht schreibt das Züricher Volksrecht bei Besprechung der 21 Moskauer Punkte: Die konsequente Entwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie in der Richtung der dritten Internationale sei nicht zu bestreiten und nicht aufzuhalten. Es sei aber keine Frage, daß die Einstellung der Partei zur dritten Internationale sich nicht ändern dürfte.

Die Revolutionsfabrikanten!

Die großen Auseinandersetzungen über die Frage, ob die Unabhängigen vollständig unter das Joch Moskaus kriechen soll, haben jetzt auch in der Berliner Funktionärsitzung der Unabhängigen ihre Fortsetzung gefunden. Am Donnerstag marschierte eine große Reihe von Rednern für und gegen auf. Zu denen, die gegen die Annahme der 21 Bedingungen sich aussprachen, gehörten u. a. Stadtverordneter Leid, Rudolf Breitscheid, Luise Zietz und vor allen Dingen Emil Barth, der ehemalige Volksbeauftragte. Barth sprach in erfrischender Deutlichkeit, trotzdem er sich selbst rühmt, die deutsche Revolution „gemacht" zu haben, gegen die russischen Revolutionsfabrikanten. Nach dem Bericht der Freiheit sagte Barth wörtlich:

> Wenn man sagt, daß der Anschluß an Moskau uns stärker mache, so sage ich, daß das ganze Elend der deutschen Revolution von Rußland gekommen ist. (Bewegung.) Barth führt die Tätigkeit der russischen Kommissare, wie Bucharin und Joffe, an, die stets darauf drängten, an jedem Tag und an einem andern Ort Aufstände zu inszenieren. Gerade die Genossen, die mit mir in der illegalen Organisation waren, haben auch mit mir diese Ansinnen zurückgewiesen, da sie wußten, daß eine Niederlage nur Bedrücktheit, nicht aber neuen Kampfesmut erzeugt. Am 9. November war Liebknecht bereit, in die Regierung einzutreten. Am 10. November, als er mit Bucharin gesprochen hatte, lehnte er ab mit der Begründung, die Revolution weiterzutreiben. So hat man sich im voraus aller Stärke begeben. Diese Tatsachen sind von größter Bedeutung. Damals wurden alle Diktate von Rußland, von Bucharin und Radek, gegeben, weil man sagte, das sei die deutsche Kerenskiperiode und man müsse nun von außen anfangen zu arbeiten. (Lebhafte Unruhe.) Barth schildert die Vorgänge im Mai 1919, seine Verhandlungen mit Pabst und v. Oven, die er auf Beschluß der unabhängigen Vollzugsratsmitglieder unternommen habe. Da habe man ihn abgeschüttelt. Es kommt nicht darauf an, daß man etwas macht, sondern es kommt darauf an, daß es auch in der richtigen Stunde mit den richtigen Mitteln geschieht. **Diejenigen, die immer für Aufstände, Gewalt, Terror sind, das sind die, die nie eine feste Organisation schaffen, und wenn sie eine leere Patrone sehen, zu saufen anfangen.** (Stürmischer Beifall.) Barth setzt sich unter starkem Beifall für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Proletariats ein.

Von den Rednern, die für die Annahme der Bedingungen sprachen, ist besonders Adolf Hoffmann zu erwähnen. Er will die Einigkeit des Proletariats, aber keine Einigkeit, die „nur ein Sammelsurium" darstelle. Eine straffe internationale Diktatur könne helfen, wenn nötig, auch in der eigenen Partei. Ein andrer Redner, namens Schindler, erklärt, nach seiner Meinung müsse die Diktatur sehr oft gegen die Proletarier ausgeübt werden. Für diese Aeußerung erntete er — lebhaft Zustimmung.

Der Bericht über den weiteren Verlauf der Debatte liegt noch nicht vor, infolgedessen auch nicht die Beschlüsse, die in Berlin gefaßt wurden. Aber aus dem bisherigen Ergebnis ist zu erkennen, daß in Berlin, wie überall, die Unabhängige Partei ein solches Gemisch von Anschauungen darstellt, daß ihr Fortbestehen nur bei der Gutmütigkeit der deutschen Arbeiter verständlich ist. Wie lange es andauern kann, ist allerdings eine andre Frage.

Kappverbrecher und Staatsanwalt

Der Breslauer Staatsanwalt hat es fertig gebracht, Anklage gegen den Redakteur unsres Breslauer Parteiblattes zu erheben, weil es die — Kappverbrecher des Freikorps Aulock „beleidigt" haben soll. Unser Breslauer Kollege veröffentlicht nun in der Volkswacht einen Offenen Brief an den Staatsanwalt in dem es heißt:

> „Herr Staatsanwalt, Sie haben es für recht befunden, gegen mich Anklage wegen angeblicher Beleidigung des brutalen Arbeitermörders Aulock und seiner Soldateska, des Freikorps Faupel und der berüchtigten Landsknechthorde der dritten Marinebrigade zu erheben. Durch Ihr Vorgehen wird mir Gelegenheit gegeben werden, nachzuweisen, was die gerecht empfindende Bürgerschaft bisher von Ihnen erwartet: die gerichtliche Feststellung von Menschtieren und gemeinen Mördern, denen Sie bisher „nichts nachzuweisen" vermochten.
>
> Deshalb wiederhole ich an dieser Stelle im Einverständnis mit jedem gerechtdenkenden Menschen:
>
> Die Führer des Freikorps Aulock, Faupel und der dritten Marinebrigade sind Eidesbrecher und Meuterer gewöhnlichster Art!
>
> Sie haben ihre Truppen mißbraucht!
>
> Sie hausten während der Kapp-Tage wie die berüchtigte Soldateska des Dreißigjährigen Krieges!
>
> Sie gehören hinter Schloß und Riegel!
>
> Krieg, Mord und Zerstörung sind ihr ureigenstes Element!
>
> Zum Beweis dieser Behauptungen werde ich Ihnen Breslauer Bürger als Zeugen nennen, die das Wirken der Kappschen Folterknechte an eigenen Leibe verspürten. Und mit den Namen Reichstagspräsident Löbe, Regierungspräsident Dr. Jaenicke, Oberbürgermeister Dr. Wagner, Stadtrat Prescher, Landrat Dr. Menzel, früheren Oberpräsident Philipp, Max Möhrenbach, Buchdruckereibesitzer Schaykn, sowie sämtliche Partei-, Distrikts- und Gewerkschaftsführer der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Organisationen Breslaus nenne ich Zeugen, die Ihnen über die „Tätigkeit" der nunmehr unter Ihren Schutz genommenen Verbrecher, die, wie mir scheint, notwendige Aufklärung geben werden.
>
> Erinnern Sie sich, Herr Staatsanwalt, auch jener acht genannten Kronzeugen, die in den Märztagen den uniformierten Leichenschändern zum Opfer fielen?"

Man kann erwarten, daß der Prozeß endlich einmal vor einem Zivilgericht Aufklärung über die Taten der Freischärler bringt. Und wenn wir auch zu der Breslauer Justiz gar kein Vertrauen haben, so kann durch die Zeugenaussagen immerhin dem Reichsanwalt und der Oeffentlichkeit einiges authentisches Material geliefert werden.

Die Aufhebung der Fleischbewirtschaftung

Berlin, 10. September. In der heutigen Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages berichtete der Minister für Ernährung und Landwirtschaft Hermes über die Zusammenkünfte in London und Spaa und hob hervor, daß dort versucht wurde, die uns zur Verfügung zu stellenden Vorschüsse in der Weise zu verwenden, daß die Art der Nahrungsmittel und ihr Herkunftsland uns überlassen bleiben. Es wurde dann die bisherige Ablieferung von Getreide besprochen und festgestellt, daß die zwei Millionen Tonnen Getreide, deren Aufbringung für die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Fleisches gefordert wird, bis zum 1. Oktober d. J. zur Verfügung stehen.

Nach den Erklärungen des Ministers Hermes wurde in die Besprechung eingetreten. Es lag eine Entschließung der bürgerlichen Parteien vor, wonach das Ernährungsministerium, falls eine völlige Freigabe der Bewirtschaftung für Gerste noch nicht angängig erscheint, die Erfassung so durchführen soll, daß unter Freilassung der kleinen Betriebe bis 10 Hektar landwirtschaftlicher Fläche die zu erfassende Menge progressiv steigend nach der Größe der Anbaufläche umgelegt wird. Eine demokratische Entschließung forderte Freigabe der Einfuhr von Kaffee und Tee, während eine Zentrumsentschließung wünscht, bei Aufhebung der Fleischbewirtschaftung dafür zu sorgen, daß bei der Reichsfleischstelle andauernd die Fleischeinfuhr überwacht wird. Eine Entschließung der Sozialdemokraten und Unabhängigen ersucht die Regierung, mit dem 15. September die Mehlmenge auf 200 Gramm täglich zu erhöhen und die Ausmahlungshöhe auf vorläufig 85 Proz. herabzusetzen. In einer Entschließung der Bayr. Vp. wird die Regierung ersucht, für das Wirtschaftsjahr 1920/21 die Mehlmenge auf 300 Gramm zu erhöhen, die Getreidezuweisung für Selbstversorger auf 15 Kilogramm festzusetzen, die Ausmahlung des Getreides auf 85 Proz. herabzumindern und die Zuschläge für Verbilligung des Auslandsgetreides so zu verringern, daß die bisherigen Mehlpreise beibehalten werden können. Ein Beschluß über diese Entschließungen ist bisher nicht gefaßt worden. Am Sonnabend wird weiter beraten.

•

Berlin, 10. September. In der Freitagsitzung des Reichsrats wurde eine Reihe von Vorlagen an die Ausschüsse verwiesen, darunter ein Gesetz gegen Kapitalflucht. Bayern hatte im Reichsrat beantragt, daß vom 15. September an der Ausmahlungsgrad für das Brotgetreide auf 85 Prozent herabgesetzt werde. Dieser Antrag wurde damit begründet, daß das Brot jetzt so schlecht ist, daß die Bevölkerung es nicht mehr abnehmen will. Bayern befürchtet einen Zusammenbruch der Getreidezwangswirtschaft, wenn der Ausmahlungsgrad nicht herabgesetzt wird. Der Reichsrat schloß sich dem an, setzte aber als Termin für die Durchführung den 20. September fest, da sonst die Frist zu kurz wäre. Zu einer lebhaften Aussprache führte der Entwurf einer Verordnung zur Aufhebung der kriegswirtschaftlichen Vorschriften auf dem Gebiete der öffentlichen Fleischversorgung. Da nach Mitteilung der Reichsregierung für hinreichende Rücklagen an Vieh gesorgt ist und durch eine reichliche Maiseinfuhr einer allzu großen Verfütterung des Brotgetreides Schranken gesetzt sind, sprechen die Ausschüsse vor, die Zwangswirtschaft für Fleisch am 1. Oktober aufzuheben, bis zu welchem Tage die Brotgetreideversorgung sichergestellt sein soll. Durch die Uebergangsverordnung soll der Viehhandel und der Kleinhandel mit frischem Fleisch der Erlaubnispflicht unterstellt werden. Für den Handel mit Vieh wird Schlußschein gefordert und für den Kleinhandel Aushang des Preises. Ein sächsischer Vertreter warnte nachdrücklich vor der Annahme der Verordnung und sprach seine Verwunderung darüber aus, daß das Reichsernährungsministerium bei der Behandlung einer so wichtigen Frage nicht vertreten sei. Durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft werde die Fleischversorgung Sachsens in größte Gefahr gebracht. Von andrer Seite wurde das Reichsernährungsministerium damit entschuldigt, daß es in der gleichzeitig stattfindenden Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstags und in einer Konferenz mit den Brauereiinteressenten im Ernährungsministerium vertreten sein müsse. Der Reichswirtschaftsminister teilte mit, daß im Kabinett die Gründe der sächsischen Regierung durchaus Beachtung gefunden haben. Er selbst habe sich dort gegen völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft ausgesprochen, das Kabinett habe sich jedoch für Aufhebung der Zwangswirtschaft entschieden, weil es der Auffassung war, daß sich die Zwangsbewirtschaftung eigentlich bereits selbst überlebt habe, so es sich nur noch um die Feststellung einer bereits eingetretenen Tatsache handle. Schließlich wurde die Verordnung gegen den Widerspruch Sachsens angenommen.

• • •

Wir können nur nochmals betonen, daß uns die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch und Vieh mit den größten Befürchtungen für unsre Volksernährung erfüllt. Nur zu leicht kann die Folge sein, daß die Unbemittelten überhaupt kein frisches Fleisch zu erschwinglichen Preisen kaufen können und daß viel zu viel Getreide und Kartoffeln verfüttert werden. Die Versicherung der Reichsregierung, daß durch eine reichliche Maiseinfuhr einer allzu großen Verfütterung des Brotgetreides Schranken gesetzt werden könnten, ist von sehr zweifelhaftem Wert. Von Tag zu Tag sinkt jetzt unsre Valuta und die ganze gegenwärtige Wirtschaftslage macht es wahrscheinlich, daß unsre Valuta sich nicht sobald wieder nach oben bewegt. Bei einem solchen Stand der Valuta aber muß uns ausländischer Mais und das mit seiner Hilfe erzeugte Fleisch sehr teuer zu stehen kommen und dann werden die Bauern doch lieber das billigere inländische Getreide und Kartoffeln verfüttern. Eine Verbilligung des eingeführten Maises durch staatliche Zuschüsse ist bei dem Finanzelend des Reiches sicher in nur beschränktem Maße möglich.

Die Rücksicht auf die Gestaltung unsrer Valuta scheint übrigens bei unsrer ganzen Wirtschaftspolitik immer mehr außer acht lassen zu wollen. So haben die Demokraten im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reiches beantragt, die Einfuhr von Kaffee und Tee vollständig frei zu geben. Dabei ist es sehr dringend notwendig, daß wir versuchen, die Einfuhr aller noch irgendwie entbehrlichen Waren aufs äußerste einzudämmen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200911/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG